

Bericht

des Petitionsausschusses zu den Beschlüssen des Jugendlandtages 2023 vom
7. November 2023

Der Petitionsausschuss hat sich in der Sitzung vom 17. April 2024 mit den Beschlüssen des Salzburger Jugendlandtages 2023 befasst.

Einleitend verleiht Landtagspräsidentin Abg. Dr.ⁱⁿ Pallauf ihrer Freude darüber Ausdruck, dass sich durch die Beschlüsse des Salzburger Jugendlandtags nicht nur die Ernsthaftigkeit, der Beteiligungswunsch und -wille der Jugendlichen manifestieren, sondern auch die Ernsthaftigkeit, mit der sich der Landtag als Träger des Jugendlandtags und die Landesregierung mit den Vorstellungen und Ideen der jungen Salzburgerinnen und Salzburger auseinandersetzen. Landtagspräsidentin Abg. Dr.ⁱⁿ Pallauf bedankt sich bei Teilnehmenden und den Abteilungen des Amtes der Landesregierung, die beachtliche Stellungnahmen zu den Vorschlägen des Jugendlandtags hinsichtlich Zuständigkeiten, Machbarkeiten und Abgleiche, was möglich sei, beigetragen hätten.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA bedankt sich für die Anträge, diese betreffen Themen, die auch im Landtag bereits beraten worden seien.

Klubvorsitzender Abg. Egger-Kranzinger spricht den Teilnehmenden des Jugendlandtags 2023 den Dank der SPÖ aus und erinnert an das Antragswochenende in Hallein und bedankt sich für die dortigen Gespräche.

Klubobfrau Abg. Hangöbl BEd verleiht ihrer Freude über die bevorstehende Debatte und ihrem Wunsch Ausdruck, dass manches von den Beschlüssen auf Schiene gebracht werde.

Klubobman Abg. Dr. Schöppl bedankt sich eingangs bei den jungen Menschen für die Ideen, die in den Landtag eingebracht worden seien. Es sei einerseits schön, wenn die Jugendlichen dadurch einen Einblick darin bekämen, wie politische Sacharbeit funktioniere. Andererseits sei es erfreulich, wenn der Landtag aufgrund des Inputs der jungen Menschen den ein oder anderen Wegweiser für die Richtung der Landespolitik bekäme.

Zum Antrag 1 aus der Gruppe „Gleichberechtigung aller Geschlechter“, Gregor Garstenauer, Hayden (Peter) Schutte, Hannah Holl, Tara Kramer Roider betreffend Aktiv gegen sexuelle Gewalt erläutert der Themengruppensprecher Herr Garstenauer anhand eines Beispiels für eine sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz die Intention des Antrags. Solche Belästigungen seien leider kein Einzelfall, denn nach wie vor erlebten Frauen und weiblich gelesene Personen in Österreich sexuelle Belästigung, dies oft täglich. Eine Studie von Statistik Austria aus

dem Jahr 2021 belege, dass österreichweit jede fünfte Frau ab dem Alter von 15 Jahren Opfer von sexueller Gewalt geworden sei. Vor allem bei Veranstaltungen und Events in Verbindung mit übermäßigem Alkoholkonsum häuften sich Vorfälle im Bereich der sexuellen Gewalt. Dieses hochaktuelle Thema sei allgegenwärtig und verlange nach dringenden Gegenmaßnahmen. Es solle daher bei allen öffentlichen Veranstaltungen mit über 500 Besucher:innen alternativ zum Schankpersonal eine klar gekennzeichnete Anlaufstelle geben, um vor sexuellen Übergriffen zu schützen und Unterstützung zu bieten. Zusätzlich solle die Durchführung durch staatliche und geschulte Anlaufstellen und Expert:innen geleitet werden. Für alle Klassen der neunten Schulstufe aller Schultypen sollten verpflichtende Workshops zum Thema sexuelle Gewalt im Mindestausmaß von sechs Stunden eingeführt sowie Selbstverteidigungskurse zur Verfügung gestellt werden, um Frauen beziehungsweise weiblich gelesene Personen dahingehend zu coachen, sich in Situationen sexueller Übergriffigkeit schützen zu können. Für Vereine sollten gratis Schulungen zur Verfügung gestellt werden, um für Feste etwa der Musik, Feuerwehr oder Landjugend immer zwei bis drei Personen des Vereins als Ansprechpersonen zu haben. Für helfende Personen solle es Präventionspakete in Form von Workshops und Weiterbildungen geben.

Zu diesem Beschluss bringen Abg. Heilig-Hofbauer BA MBA für die GRÜNEN sowie Klubvorsitzender Abg. Egger-Kranzinger für die SPÖ jeweils einen Antrag ein, der zu folgendem gemeinsamen Antrag zusammengeführt wird: Die Salzburger Landesregierung wird ersucht,

1. zu prüfen, ob und wie bei allen Großveranstaltungen über das Salzburger Veranstaltungsgesetz ein verpflichtendes Awareness-Konzept sowie ein/e Awareness-Person/Team als Anlaufstelle auf Großveranstaltungen verankert werden kann.
2. Workshops zum Thema sexuelle Gewalt im Mindestausmaß von sechs Stunden für alle Klassen der neunten Schulstufe aller Schultypen einzuführen;
3. die Angebote auszubauen, die vor allem Frauen beziehungsweise weiblich gelesene Personen coachen, wie sie sich in Situationen sexueller Übergriffigkeit schützen können und diese dementsprechend zu bewerben, damit diese auch genutzt werden;
4. kostenlose Schulungen für Vereine zur Verfügung zu stellen, um für Feste (Musik, Feuerwehr, Landjugend) immer 2-3 Personen des Vereins als Ansprechpersonen zu haben;
5. Präventionspakete für helfende Personen in Form von Workshops und Weiterbildungen zu entwickeln.
6. zu prüfen, wie allen Schülerinnen und weiblich gelesenen Personen der Sekundarstufe 1 (5. bis 8. Schulstufe) zumindest an einem Selbstverteidigungskurs als schulbezogene, kostenlose Veranstaltung teilnehmen können.
7. zu prüfen, wie allen weiblichen und weiblich gelesenen Lehrlingen im Landesdienst im ersten Lehrjahr ein kostenloser Selbstverteidigungskurs angeboten werden kann.

Dieser Antrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Landesrätin Mag.^a Gutschi berichtet, viele Anträge fielen in ihre Ressortverantwortung, Bildung, Gleichbehandlung und Gesundheit. Sie habe sich mit den Anträgen auseinandergesetzt, es gebe natürlich noch immer viel zu tun. Von der Betroffenheit der Jugendlichen zu erfahren, sei deshalb besonders wertvoll. Zum Thema Selbstverteidigung gebe es schon sehr viele Angebote. Es sei wichtig, dass diese im Rahmen der Schulautonomie von den Schulen gebucht werden könnten. Im Pflichtschulbereich würde das Angebot gut angenommen und werde derzeit evaluiert, um Überschneidungen mit der stark intensivierten Schulsozialarbeit zu vermeiden. Die Themen müssten bei den Lehrkräften bekannter werden und im Schulalltag eingebettet sein. Die Aufnahme in Lehrpläne wäre Bundesangelegenheit. Derzeit werde zum Thema psychische Gesundheit ein Konzept für eine Workshop-Reihe für alle Schulen ab der 5. Schulstufe bis zur Maturaklasse mit dem Thema Gewaltschutz entwickelt. Sexualisierte Gewalt gebe es nicht nur gegen Frauen, sondern auch gegen Burschen, die mitgedacht werden müsse. Der Frauennotruf „Ist Luisa hier“ müsse ausgebaut werden. Die Finanzierung der Schulungen seien ein Thema, da werde die Politik mithelfen. Ohne die Bereitschaft der Partnerbetriebe gehe es aber nicht, es basiere auf Freiwilligkeit. Sie werde nicht müde, das bekannt zu machen.

Zum Antrag 3 aus der Gruppe „Inklusive Gesellschaften“, Katrin Kurz, Laura Herzog, Melina Neureiter, Leonie Kocher, Leonie Liska, Simon Viehhauser betreffend Gütesiegel für Inklusion führt der Themengruppensprecher Herr Viehhauser aus, dass leichtzugängliche und hürdelose Bildung für alle gefordert werde, ob im Rollstuhl sitzend, mit einer anderen Muttersprache aufgewachsen oder unter einer psychischen Beeinträchtigung leidend, weil alle Personen das gleiche Anrecht auf Bildung hätten. Dies sei noch nicht an allen Schulen der Fall. Gefordert werde ein Gütesiegel für Schulen in Salzburg, das gute Bildung für alle garantiere, damit alle in die Gesellschaft integriert werden könnten und Toleranz von klein auf gelernt und gelehrt werden könne. Die Themenbereiche seien bauliche Maßnahmen, Förderung der mentalen Gesundheit, sprachliche Förderung, Förderungen der Grundkompetenzen von Pädagog:innen und Schaffung einer inklusionsbeauftragten Person. Als Maßnahmen für die Aufrechterhaltung des Gütesiegels würden ein regelmäßiges Feedback von Schülerinnen und Schülern sowie der Lehrkräfte, Check-ins der Schulpsychologie in den Klassen, Fortbildung der Lehrkräfte, Überprüfung der baulichen Maßnahmen und ein Jahresmaßnahmenbericht gefordert.

Zu diesem Beschluss bringt Abg. Heilig-Hofbauer BA MBA für die GRÜNEN folgenden Antrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie die Ausbildung und Koordination der Inklusionsbotschafter:innen längerfristig abgesichert werden kann, der Einsatz finanziell abgegolten werden kann und Workshops mit Inklusionsbotschafter:innen in die Pädagog:innen-ausbildung integriert werden kann.

Dieser Antrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Zum Antrag 5 aus der Gruppe „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“, Miriam Viehhauser und Gerfried Berkenhoff betreffend die Steigerung des Stellenwerts der psychischen Gesundheit durch verpflichtende Schulpsycholog:innenbesuche führt der Themengruppensprecher Herr Berkenhoff aus, das Thema des Beschlusses Psychische Gesundheit habe durch Corona auch den Mittelpunkt der Gesellschaft erreicht. Kleinen Kindern werde beigebracht, bei einer Verletzung zum Arzt zu gehen, nur die allerwenigsten im Vorschulalter jedoch würden einen Psychologen kennen. Dieses fehlende Bewusstsein werde in das Erwachsenenleben mitgenommen. Wichtig sei eine Aufklärung darüber, dass es diesen Bereich der medizinischen Versorgung gebe und dass man sich dorthin wenden könne. Dies könne in der Primarstufe starten und in der Sekundarstufe I fortgesetzt werden. Ein Besuch bei einer ausgebildeten Person im psychosozialen Bereich einmal pro Semester, vergleichbar mit dem Schularztbesuch, könne bewirken, dass die Hemmschwelle sinke, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Landesrätin Mag.^a Gutschl berichtet, bei dem Thema gebe es einen dringlichen Handlungsbedarf. Es sei aber auch schon viel geschehen. Es bedürfe der Zusammenarbeit verschiedener Professionen, das oberste Credo sei jedoch ein Turn-Around vom Reparieren zu Prävention und Empowerment. Gerade in den Schulen passiere bereits sehr viel. Zu nennen sei der Ausbau der Schulsozialarbeit, Schulassistent:innen zur 1:1-Unterstützung, Standortassistenzen und weitere Projekte im Land wie das Projekt „Kinder stärken“, das bereits in 121 von 175 Volksschulstandorten implementiert sei oder die psychische Erste Hilfe zusammen mit dem Roten Kreuz.

Zu diesem Beschluss bringt Abg. Heilig-Hofbauer BA MBA gemäß § 66 GO-LT folgenden Antrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, die Stellen für Schulpsycholog*innen schrittweise deutlich aufzustocken, so dass im Endausbau alle Schüler*innen zumindest einmal pro Semester eine*n Schulpsycholog*in besuchen können.

Dieser Antrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Zum Antrag 6 aus der Gruppe „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“, Maximilian Lutche, Maike Dzaack, Jakob Webersberger, Lorenz Altweger, Miriam Viehhauser, Lilith Lindner, Neele Bodewes, Gerfried Berkenhoff betreffend „Ausweitung von Präventionsangeboten“ führt der Themengruppensprecher Herr Lutche aus, dass es aufgrund mangelnder Aufklärung, die bereits in der Primarstufe beginne, oftmals zu klasseninternen Konflikten komme. Häufig würden diese Konflikte durch die sporadische Aufklärung so belastend, dass sich niedriges Selbstwertgefühl, Essstörungen, Selbstverletzung oder sogar Suizidgedanken entwickelten. Lehrpersonal sei des Öfteren nicht für die Hilfe in solchen Situationen ausgebildet, und so blieben die Schülerinnen und Schüler sich selbst überlassen. Bereits an einigen Schulen im Land Salzburg würden durch Angebote wie die „Peer-Mediation“ positive Ergebnisse erzielt. Er habe bei einer Kollegin einmal erlebt, dass eine Problematik in einer Klasse einer Lehrkraft erst nach sechs Monaten aufgefallen sei. Es solle verbindliche Workshops zur Aufklärung

und Prävention von Mobbing mit zusätzlicher Sensibilisierung für Mobbing aufgrund von Diskriminierung für die Sekundarstufe I und II geben. An die Bundesregierung ergehe die Forderung, mehr Ressourcen für die Präventionsarbeit von mentaler Gesundheit zur Verfügung zu stellen durch Schulpsychologie, Schulfächer, Peer-Mediation und Vertrauenspersonen.

Zum Antrag 7 aus der Gruppe „Gute Arbeit für alle“, Luis Schlager, Paul Heinrich, Stella Lerch-Schitter, Ricarda Hölber, Philomena Balamis, Celina Ramböck, Julia Seidl betreffend „Lehrlingsfreundlichstes Bundesland Österreichs“ führt der Themengruppensprecher Herr Schlager aus, Salzburg solle nach Meinung von Landeshauptmann Dr. Haslauer zum lehrlingsfreundlichsten Bundesland Österreichs werden. Von diesem Ziel sei das Land noch weit entfernt. Nicht alle Jugendlichen verfügten über die finanziellen Mittel, ihrem gewünschten Lehrberuf nachzugehen. Arbeitsumfeld und -bedingungen entsprächen nicht immer den gesetzlich vorgegebenen Richtlinien. Lehrberufen werde aufgrund gesellschaftlicher Vorurteile geringere Relevanz zugesprochen. Lehre mit Matura sei hinsichtlich des Zeitaufwandes und der Doppelbelastung Schule und Arbeit nicht so attraktiv. Es herrsche zudem mangelnde Aufklärung bezüglich Ausbildungsmöglichkeiten, Karrierechancen und finanziellen Entwicklungsmöglichkeiten im Lehrberuf. Dem solle durch stärkere Aufklärung über Ausbildungsmöglichkeiten an allen Schulen in Form diverser verpflichtender Infokampagnen wie Workshops mit Fachkräften, praxisorientierter Projekttag, Praktika, Informationsmessen, Treffen mit Expert:innen und Berufserfahrenen sowie eine generelle Aufwertung des Lehrberufs und dessen Auffassung in der Gesellschaft begegnet werden. Eine geprüfte Auszeichnung für Betriebe für qualitativ hochwertige Lehrstellen mit guten Arbeitsbedingungen und langfristigen Perspektiven solle bei Erfüllung der Kriterien eines dauerhaft zugänglichen Pausenraums, der Möglichkeit einer Weiterbeschäftigung im Betrieb nach Abschluss der Lehre und der Finanzierung der Fahrtkosten vom Wohnort bis zum Arbeitsplatz vergeben werden. Betriebe, die diese Kriterien erfüllten, sollten neben der Auszeichnung eine Förderung und Prämien erhalten, um ihre Anziehungskraft auf Lehrlinge zu steigern und die Qualität der Lehrstellen zu verbessern. Dies führe nicht nur zu einem besseren Arbeitsklima für Lehrlinge, denn auch deren Weiterbildungsmöglichkeiten und Zukunftschancen würden erhöht, während die Betriebe von den Förderungen profitierten.

Landesrätin Mag.^a Gutschl berichtet, das Land Salzburg sei auf einem guten Weg zum lehrlingsfreundlichsten Bundesland. Zu nennen sei etwa der Talente-Check des Landes. Die Karrierechancen der Lehre müssten wieder viel mehr propagiert und diskutiert werden. Bekannt sei etwa wenig, dass es auch nach der Matura noch möglich sei, eine Lehre mit verkürzter Lehrzeit zu absolvieren. Auch sei Salzburg das Bundesland mit dem höchsten Anteil an der Lehre mit Matura mit 20 %. Jugendliche, die eine Lehre abschließen, stünden oft sehr früh mit beiden Beinen im Leben. Die Lehre sei eine gute Gelegenheit, ein glückliches und erfülltes Leben zu führen. Hier habe noch einiges an Elternarbeit zu passieren. Chancengleichheit werde immer noch in Zusammenhang mit der Möglichkeit eines akademischen Abschlusses gesehen. Vielmehr bedeute Chancengleichheit dagegen, dass eine Ausbildung absolviert werden könne, die den Talenten einer Person entspreche.

Zum Antrag 9 aus der Gruppe „Ein nachhaltiges, grünes Europa“, Elisabeth Elsenhuber, Martin Reiter, Oskar Breitkopf, Julian Baier betreffend „Effizienter Ausbau der öffentlichen Mobilität, auf den Weg zur Klimaneutralität“ führt die Themengruppensprecherin Frau Elsenhuber aus, dass ein nochmaliges Verfehlen der Salzburger Klimaziele nicht akzeptabel sei. Statt der geplanten Einsparung von 30 % der Treibhausgase im Masterplan Klima + Energie bis 2020 seien nur 20 % erreicht worden.

Mit 37 % stamme der größte Anteil der CO₂-Emissionen vom Verkehr mit einem prozentuellen Anstieg in den letzten 15 Jahren, während andere Sektoren die CO₂-Emissionen verringern hätten können. Der Antrag fokussiere daher auf die öffentliche Mobilität und die Verringerung des Autoverkehrs im Stadtzentrum. Die derzeitige Situation der öffentlichen Mobilität im Bundesland Salzburg sei weder klimafreundlich noch effizient oder rentabel für die Salzburger Bevölkerung und die Salzburger Verkehrsunternehmen. In der Landeshauptstadt komme es regelmäßig zu Staus und langen Wartezeiten aufgrund geringer Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel. In den ländlichen Regionen fehle es an Park & Ride Parkplätzen, um die Pkw-Anzahl in der Stadt zu minimieren und Staus vorzubeugen. Jedoch solle sich der Klimaschutz nicht nur auf die Stadt Salzburg fokussieren, sondern auch auf die ländlichen Gebiete. Der Lungau sei der einzige Bezirk im Land Salzburg ohne Anschluss an das Zugnetz. Außerdem werde eine öffentliche Verkehrsverbindung nach Kärnten gebraucht. Die Schmalspurbahn nach Unzmarkt sei weder nachhaltig, da sie mit einem Dieselmotor betrieben werde, noch effizient für die Benutzer:innen, da die Warte- und Fahrzeiten sehr lang seien. Ein Unfall dieser Bahn 2021 habe 17 verletzte Passagiere gefordert. Vorgeschlagen werde der Ausbau der Park & Ride-Möglichkeiten im ganzen Bundesland Salzburg, um die Autos außerhalb der Stadt parken zu können und die Stadt autofrei zu halten. Diese Parkmöglichkeiten sollten bestmöglich ans öffentliche Verkehrsnetz angebunden sein, um die Mobilität der Bevölkerung nicht zu beeinträchtigen. Dies würde auch zu weniger Verkehr in der Stadt führen. Der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel sei besonders in ländlicheren Gebieten sehr wichtig, um die Gleichheit zu erhöhen. Außerdem würde auch die Wirtschaft profitieren, da Bürger:innen besser bezahlten Jobs in städtischen Gebieten nachgehen könnten. Dies würde die Arbeitslosigkeit in ländlicheren Gebieten verringern. Gleichzeitig werde auch der Zugang zu anderen Bildungsmöglichkeiten für Schüler:innen aus ländlicheren Gebieten erhöht. Die Salzburger Innenstädte sollten bei Beibehaltung der Einfahrtmöglichkeit für den Handel autofrei gestaltet werden. Eine autofreie Innenstadt würde dazu beitragen, die Luftqualität zu verbessern, den Lärmpegel zu senken und die Sicherheit für Fußgänger, Kinder und Radfahrer zu erhöhen. Darüber hinaus würde eine autofreie Innenstadt dazu beitragen, den Verkehr in der Stadt zu reduzieren und die Attraktivität der Stadt als Touristenziel zu erhöhen. Die Möglichkeiten für Radfahrer:innen in der Stadt Salzburg sollten durch Ausbau der Radwege, Ausbau der Radabstellplätze in der Innenstadt und verbesserter Möglichkeiten des Transports von Fahrrädern im öffentlichen Verkehr ausgeweitet werden. Schließlich werde eine Freifahrtkarte für Studierende ähnlich der Super S’Cool Card vorgeschlagen.

Abg. Mag.^a Jöbstl bringt zu den Beschlüssen des Salzburger Jugendlandtags 2023 vom 7. November 2023 einen Antrag ein, zu dem Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA die punktweise Abstimmung gem. § 51 Abs 1 GO-LT verlangt. Dieser Antrag wird hinsichtlich der Punkte 1.,

3., 4. und 5. einstimmig, hinsichtlich Punkt 2. mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und SPÖ gegen die Stimmen von KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - sowie hinsichtlich Punkt 6. mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und KPÖ PLUS gegen die Stimme der GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Petitionsausschuss stellt hinsichtlich der Punkte 1., 3.,4. und 5. einstimmig, hinsichtlich Punkt 2. mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und SPÖ gegen die Stimmen von KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - sowie hinsichtlich Punkt 6. mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und KPÖ PLUS gegen die Stimme der GRÜNEN - sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Zu Antrag 1, Gleichberechtigung aller Geschlechter:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

- 1.1. das bereits breite Angebot an Workshops zum Thema sexuelle Gewalt und Drogenmissbrauch zu bewerben,
- 1.2. das Angebot an Selbstverteidigungskursen an Schulen, in der freien Jugendarbeit sowie im Sportbereich weiter auszubauen.

2. Zu Antrag 3, Inklusive Gesellschaften:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

- 2.1. Neu- und Umbauten im Schulbereich, die die Barrierefreiheit fördern, finanziell zu unterstützen,
- 2.2. an die Bundesregierung heranzutreten, die Lehramtsausbildung dahingehend zu erweitern, dass es genügend Sonderpädagoginnen und -pädagogen für den inklusiven Unterricht sowie die allgemeinen Sonderschulen gibt.

3. Zu Antrag 5, Psychische Gesundheit und Wohlbefinden:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

- 3.1. an die Bundesregierung heranzutreten, die Ressourcen für die Schulpsychologie zu erhöhen, um beispielsweise regelmäßige Besuche der Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen,
- 3.2. die Mittel für psychosoziale Unterstützung in ihrem Wirkungsbereich (zB Schulsozialarbeit oder Workshops) weiter auszubauen.

4. Zu Antrag 6, Psychische Gesundheit und Wohlbefinden:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

- 4.1. zu prüfen, welche niederschweligen Beratungsmöglichkeiten in den Bereichen psychosoziale Versorgung und Mobbing für Jugendliche in Salzburg angeboten werden und welche Möglichkeiten einer zentralen Anlaufstelle es in den Bezirken gäbe,
 - 4.2. eine bessere Aufklärungsarbeit an Schulen zu ermöglichen.
5. Zu Antrag 7, Gute Arbeit für alle:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

- 5.1. Projekte für herausragende Lehrbetriebe (zB ausgezeichneter Lehrbetrieb oder Lehrling des Monats) gemeinsam mit der Wirtschaftskammer weiter voranzutreiben und nachhaltig zu implementieren,
 - 5.2. an die Bundesregierung heranzutreten mit der Forderung zu prüfen, ob die bestehenden Kriterien für die Auszeichnung nach § 30a BAG noch zeitgemäß sind, insbesondere ob die vom Jugendlandtag vorgeschlagenen Kriterien (dauerhaft zugänglicher Pausenraum, Möglichkeit der Weiterbeschäftigung im Betrieb nach Lehrabschluss, Finanzierung der Fahrtkosten vom Wohn- zum Arbeitsort) aufgenommen werden können.
6. Zu Antrag 9, Grüne Energie:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, in Zusammenarbeit mit dem Regionalverband und Akzente die „Heimbringerangebote“ an den Wochenenden weiterhin zu fördern und die Nachtbusangebote sowie das Angebot der Salzburger Lokalbahn (NachtExpress) ebenfalls zu unterstützen.

Salzburg, am 17. April 2024

Der Vorsitzende:

Mag. Eichinger eh.

Die Berichterstatterin:

Mag.^a Jöbstl eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 24. April 2024:

Die Punkte 1., 3., 4. und 5. des Antrages wurden einstimmig, der Punkt 2. mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und SPÖ gegen die Stimmen von KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - und der Punkt 6. mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und KPÖ PLUS gegen die Stimmen der GRÜNEN - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.